

A n t r a g

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Thüringen aktiv gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen - Halbzeitbilanz der Thüringer Landesregierung

- I. Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag zu berichten:
 - a) wie sie die bisherige Umsetzung des Koalitionsvertrages im Bereich Gentechnik bewertet, insbesondere:
 - bei der Aufnahme des rechtsverbindlichen Passus zur gentechnikfreien Bewirtschaftung der landeseigenen Flächen in die laufenden Pachtverträge bzw. die Information über dieses Vorhaben an die jeweiligen Pächterinnen und Pächter,
 - bezüglich der Wirksamkeit des schriftlichen Aufrufs von Ministerin Taubert an die kommunalen Spitzenverbände vom 8. März 2011 zur Umsetzung von Ziffer II.8 des Beschlusses des Thüringer Landtags "Thüringen aktiv gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen" (Drucksache 5/1152),
 - bezüglich der Kontrollen von Mais- und Rapssaatgut auf gentechnische Verunreinigungen;
 - b) welche Konsequenzen sie für ihre Gentechnikpolitik aus den beiden Urteilen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 6. und 8. September 2011 zieht (Az.: C-58/10 bis C-68/10 und C-442/09);
 - c) welche Abstände sie vor dem Hintergrund des sogenannten Honig-Urteils des EuGH (Az.: C-442/09) zwischen Feldern mit und ohne gentechnisch veränderten Pflanzen für geboten hält;
 - d) wie sie die aktuelle Diskussion auf EU-Ebene um eine Renationalisierung der Gentechnik-Gesetzgebung bewertet und welche Auffassung sie dazu vertritt;
 - e) wie sie zur geplanten EU-weiten Zulassung von insgesamt sechs gentechnisch veränderten Maissorten steht und welche konkreten Maßnahmen gegebenenfalls aus dieser Einschätzung erwachsen;
 - f) ob sie die Ankündigung des Bundesverbraucherschutzministeriums fachlich teilt, die von der EU-Kommission beabsichtigte Aufweichung der Nulltoleranz-Regelung für gentechnisch veränderte Bestandteile in Lebensmitteln verhindern zu wollen und wenn ja, warum bzw. wenn nein, ebenfalls warum;
 - g) welche Auffassung sie zur Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher und Landwirte hat und wie sie in diesem Zusammenhang zur Ausdehnung der Kennzeichnungspflicht auf Produkte steht, die von Tieren stammen, welche mit gentechnisch verändertem Futter versorgt wurden.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Pächterinnen und Pächter mit Verträgen in der Verwaltung der Thüringer Landgesellschaft (ThLG), die vor dem 1. Oktober 2010 abgeschlossen wurden und eine Laufzeit über den 1. Oktober 2012 hinaus haben, über die Absicht der Landesregierung zur Aufnahme eines Passus zur gentechnikfreien Bewirtschaftung der landeseigenen Flächen nach Auslaufen der aktuellen Pachtverträge schriftlich zu informieren;
2. angesichts der zunehmenden Verunreinigungen von Saatgut mit gentechnisch veränderten Organismen die Kontrolldichte in Thüringen zu erhöhen;
3. sich vor dem Hintergrund des sogenannten Honig-Urteils des EuGH (Az.: C-442/09) auf Bundesebene für eine schnellstmögliche Verschärfung des Gentechnikrechts einzusetzen;
4. sich auf Bundesebene gegen die angekündigte Zulassung von sechs gentechnisch veränderten Maissorten durch die EU-Kommission einzusetzen;
5. im Rahmen ihrer Möglichkeiten das Bundesverbraucherschutzministerium bei ihrem Vorhaben zu unterstützen, die von der EU-Kommission angekündigte Aufweichung der Nulltoleranz-Regelung für gentechnisch veränderte Bestandteile in Lebensmitteln zu verhindern;
6. sich auf Bundesebene für eine Initiative Deutschlands für die Ausdehnung der EU-weiten Kennzeichnungspflicht auf Produkte einzusetzen, die von Tieren stammen, welche mit gentechnisch verändertem Futter versorgt wurden.

Begründung:

Die beiden regierungstragenden Fraktionen haben in ihrem Antrag "Thüringen aktiv gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen" vom 19. Mai 2010 (Drucksache 5/989) die Notwendigkeit des Verzichts der Nutzung der risikoreichen Gentechnologie treffend begründet. Mit dem vorliegenden Antrag soll eine Halbzeitbilanz zur aktuellen Thüringer Gentechnikpolitik gezogen werden. Dabei sind aktuelle Entwicklungen mit in die Bewertung einzubeziehen.

Für die Fraktion:

Rothe-Beinlich